

**1 Pfund**  
Condensirte Milch  
in Dosen, ohne Zucker  
Beste Kindermilch  
Dresdener Molkefabrik  
Gebr. Pfund

# Dresdner Nachrichten

**Lobeck & Co.,**  
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.  
**Chocoladen, Cacaos, Desserts.**  
Einzelverkauf Altmarkt 2.

**Closets & Badeartikel**  
in größter Auswahl billigst!  
**Friedrich Gappisch**  
Königliche Hoflieferant  
Dresden A. Marienstr. 11.  
gegenüber 3 Kabin.  
Fabrik: Fischhofplatz

**C. Heinrich Barthel**  
Putz- und Modewaarenhaus  
Waisenhausstrasse 30.  
Eigene Strohhutfabrik. • Neueste Modelle.  
Fernsprecher III, 330.

Unter Garantie gepreßt  
**Garten-Schläuche**  
in Fabrikpreisen. Grosses Lager.  
**Reinhardt Leupolt, Wettinerstrasse 26**  
Gummifabrik • Telefon 289.

**Reise-Artikel,**  
Photographalbum, Damentaschen, Portefeuillewaaren  
empfiehlt in reichhaltiger Auswahl  
**Bernhard Rüdiger,**  
Wilandruffstrasse 3.

## Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 134. Spieg Nach dem Fall der Umsturzvorlage. Vernehmliche Bitterung. Dienstag, 14. Mai.

**Politisches.**  
In einer ganzen Reihe von Blättern, auch solchen, die sich nicht genug als „große politische“ zu erklären pflegen, finden sich „wichtige“ Betrachtungen über den künftigen Fall der Umsturzvorlage, die bei dem ernstgemeinten Vaterlandsfreund geradezu Verleger erregen müssen. Man kann ein ausgesprochenes Gegner der nunmehr beabsichtigten Umsturzvorlage, in welcher Entwicklungsphase sie auch vorlag, gewesen sein und man muß doch auf's Tiefste beklagen, daß sie so zu Falle gekommen ist, denn hiermit ist dem Grundgedanken der Bewegung gegen die Umsturzbestrebungen ein unabsehbarer Schaden zugefügt worden. Wäheleien und Spott über die Organe der Regierung, die einen solchen Ausgang mehr oder weniger verheißt haben, mögen namentlich angehts des Auftretens des Herrn v. Köller leicht aus der Feder fließen, aber diese Witze erscheinen wie Scorpionstiche, wenn man daran denkt, daß damit der Sache geschadet wird, der Sache, die sich die Vertheidigung und den Schutz alles dessen nennt, was uns heilig und theuer ist. Diese Umsturzvorlage ist beiläufig, aber Niemand wird behaupten wollen, daß damit die Bewegung gegen die sozialdemokratischen und revolutionären Elemente aufgehoben wäre. Jede Verneuerung und jeder Fortschritt der letzteren zwingt die Vertheidiger von Religion und Sitze, Königthum und Vaterland von Neuem zu verächtlicheren Kämpfen, dessen Ende nur darin abzusehen ist, daß es doch endlich gelingt, mit Mitteln der Gesetzgebung die Vergiftung unseres Volkslebens zurückzudämmen, oder daß die brennenden Vorläufer der heutigen Gesellschaftsordnung, zur Vermeidung getrieben, sich über alle rechtlichen Bedenken hinwegsetzen. Ob dies Letztere ohne blutige Kämpfe möglich wäre, ist sehr zweifelhaft; aber daß dieser Kampf kommt, wenn jener erstere Weg infolge der Starrköpfigkeit und Befähigkeit der Parteien nicht gangbar ist, ist ebenso sicher. Daher erhebt sich nach dem Fall der jetzigen Vorlage sofort wieder die Frage: Was soll geschehen? —

Das Eine ist jedenfalls klar: entschließt sich die Regierung zu einem neuen Vorstoß gegen den Umsturz, so muß sie mit dem festen Willen an die Sache herantreten, die neue Vorlage bis auf das Aeußerste zu vertheidigen. Eine zweite Niederlage vom Schlage der letzten erlittenen verthät die Autorität keiner Regierung, mag sie wie immer zusammengesetzt sein. Vor der zweiten Leistung der jetzt gefallenen Vorlage konnte man noch der Meinung sein, die Regierung habe grundsätzlich ihre Pflicht gethan und nur durch die Art der Gestaltung des Entwurfes taktisch gefehlt. Nach dem Auftreten der Regierung am Sonnabend muß man jedoch dieses wohlwollende Urtheil modifizieren und der Regierung den Vorwurf des mangelnden Selbstbewusstseins machen. Das ist geradezu verhängnisvoll. Schritte von so folgenreicher Bedeutung, wie es die Einbringung der Umsturzvorlage war, sollen von Regierungswegen überhaupt nicht unternommen werden ohne den festen Willen zu einer bis in die äußersten Konsequenzen hinein zu verfolgenden Aktion. In solchen Dingen gilt es nur ein Entweder—Oder, und jedes halbe Wollen ist ein ganzes Unthun. Deshalb gilt es bei dem Aufstehen einer solchen Bewegung in erster Linie, daß sie von der Regierung sorgfältig auf ihre sachliche Berechtigung, ihr Ziel und ihre Tiefe geprüft wird. Ergiebt sich dann, daß die Bewegung eine in allen Stücken beachtliche ist und daß man auf ein allmähliches Zurückgeben der Muth nicht zu rechnen hat, so ist es Pflicht der Regierung, selbst die Führung zu übernehmen und der Bewegung die ihr in allgemeinen Interesse förderliche Richtung anzuweisen, nach vorheriger Einverständnis mit den maßgebenden politischen Parteien. Ein Standpunkt, der auf solche Weise festgelegt worden ist, muß dann aber auch unverrückbar sein. Die Regierung darf nicht von ihm abweichen, sondern muß auf diesem festen Grunde ihre Fühne hängen, die weithin sichtbar die Aufschrift trägt: „Sic volo, sic jubeo.“ Das ist mein fester und unabänderlicher Wille! Was dann ein noch so heftiger Kampf entbrennen, die Regierung und die nationalen Parteien können dann doch Loosung und Feldgeschrei und wissen, woher gekämpft wird; und wenn dann am Ende es auch eine Niederlage giebt, so ist das eine Niederlage mit Ehren. Es sind Kömer, die dann das Feld bedecken, mit dem Muthen vom auf der Brust, und die öffentliche Autorität geht moralisch gekräftigt aus der Niederlage hervor. Nur ganz außergewöhnliche Umstände können aber überhaupt in keinem solchen Falle eine Niederlage der Regierung herbeiführen. Der Regel nach ist eine wirklich zielbewusste, mit ganzer Kraft begonnene Aktion der Regierung bei unserem Regierungssystem der Erlösa gesichert. So war es in den glorreichen Tagen des Systemrats, aus deren leuchtende Größe der Blick der Gegenwart sich sehnsüchtig zurücklenkt, vor deren Strahlenbild die Glanz des Bild der heutigen Tage als trübe Arbeit erscheint.

So wie damals, oder doch wenigstens annähernd, so hätte es auch jetzt wieder werden können, wenn die Regierung es verstanden hätte, aus dem Vorn der Vergangenheit zu schöpfen und die Lehren neuer Tage zu beherzigen. Gloriente die Regierung zur Zeit auch nicht an die Notwendigkeit eines Gesetzes gegen den Umsturz, nun wohl, so konnte sie in noch warten. Die entsprechende Ueberzeugung wäre ihr durch die Macht der Thaten früher oder später schon beigebracht worden. Sobald die Regierung sich aber entschlossen hätte, A zu sagen, mußte sie auch unweigerlich B sagen, d. h. für den Erfolg eines wirksamen Gesetzes gegen den Umsturz sich engagieren. Statt dessen suchte sie mit Widerstreben ein veraltetes Inventarstück der Copri'schen Erbschaft aus, wußte es nöthigste heraus und präsentirte es als eine Umsturzvorlage, die sich nicht gegen den Umsturz richtete, dem Reichstoge. Sobald die ersten Aufstärungen über den Inhalt dieses Kontrahats von Gehegenwurf in das Land gegangen waren, erhielt die Regierung bereits die Lausnung über ihren faux pas durch die allgemeine

abfällige Kritik. Die Konservativen erklärten: „Erl wirklichsittliche Reformen, dann strafrechtliche Normen.“ Der gemäßigtere Liberalismus betonte nachdrücklich die Gefahren für jede berechnete Freiheit der Meinungsäußerung, die mit jedem Versuch einer gemeinrechtlichen Bekämpfung des Umsturzes unabweislich verknüpft sind. Das Alles wüthete aber der Regierung keineswegs die Augen. Sie lag sich nicht einmal dadurch aus der Mithie, daß sie sich unter der Hand mit den maßgebenden Parteien über die Ablehnung der Vorlage verständigte, während sie dann selbst vor der Öffentlichkeit den Schein gewahrt hätte durch ein angemessenes, aber ihr die Hände frei haltendes Eintreten für die Vorlage. Nichts von Alledem! Bis zum letzten Augenblick verthät die Regierung den Eindruck, daß sie in tödtlicher Verlegenheit sei. Ihr ganzes Auftreten bewies nur zu deutlich, daß die leitenden Minister dahin gerathen waren, wo „die Welt mit Brettern verpackt ist“ und wo geschrieben steht: „Nichts Gewisses weiß man nicht.“ So fand die Dinge schließlich bis zu dem innerpolitischen Austerlich geblieben, das sich am Sonnabend im Reichstoge abgepielt hat. Die Lehre, die sich daraus ergibt, ist klar und einbringlich: Was immer in Zukunft auf dem Gebiete der Bekämpfung des Umsturzes unternommen wird, muß in voller Achtung mit den nationalen Parteien von Anfang an erfolgen. Die Form aber, die dabei zur Verwendung zu kommen hat, kann nur die eines Ausnahmegebietes sein.

### Reichsrechts- und Reichsrecht-Berichte vom 13. Mai.

Berlin, Reichstag. Der Gehegenwurf betr. die Ausführung des Zolltariffs mit Oesterreich-Ungarn, welcher Stabsbestimmungen für den Zoll verbotswidriger Ein-, Aus- und Durchfuhr in Oesterreich-Ungarn sowie die Hinterziehung von Zollgefallen trifft, wird in zweiter Lesung angenommen, nachdem auf die Anfrage des Abg. Kammacher (nl.) Geh. Rath Kohn erklärt hat, daß in Oesterreich zum Schutz der deutschen Interessen analoge Stabsbestimmungen beständen, wie sie hier vorgesehn seien. Der Gehegenwurf über den wechselseitigen Bestand der einzelnen Bundesstaaten bei Einziehung und Vollstreckung von Vermögensstrafen wird in erster Lesung erledigt. Die zweite Lesung wird demnächst, da kommissarische Berathung nicht beantragt ist, im Plenum erledigt. Weiter steht die erste Berathung der Vorlage betr. die Zulage für Wittwen und Waisen für Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldweibel abwärts auf der Tagesordnung. Abg. Graf Eriola (nl.) stimmt der Vorlage zu, wünscht aber gleichzeitige Zulage auch für die Wittwen der Kriegsinvaliden. — Abg. Vachem (Centr.) erklärt das volle Einverständnis seiner Fraktion mit dem Entwurfe. — Kriegsminister Bismarck v. Schellendorf bemerkt, der Entwurf sei wegen seiner finanziellen Tragweite nur nach großer Schwierigkeiten zu Stande gekommen, er hoffe, daß, da gerade auch der Vordruck in der letzten Tagung einen Antheil an dieser Vorlage habe geben helfen, auch das Centrum den vorliegenden 19 Paragraphen zustimmen werde. (Weiterleit.) — Abg. Baum (Soz.) erklärt ebenfalls mit der Tendenz der Vorlage einverstanden zu sein, doch müsse noch mehr für die Kinder geschehen. Es sei vielleicht am besten, die Vorlage abzulehnen und die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session einen besseren Entwurf vorzulegen. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) Das wäre doch das Unwermögliche, was wir thun könnten. Es ist doch besser, wir nehmen was wir bekommen können. — Abg. Richter (Deutschl.) schließt sich diesen Ausführungen an. Damit ist die erste Lesung beendet. Die zweite wird demnächst ohne kommissarische Vorberathung erledigt. — Letzter Gegenstand ist die zweite Lesung des Tabaksteuergesetzes. Die Debatte erstreckt sich sofort auf den maßgebenden Paragraphen 4. Abg. Vachem (Centr.) bittet um Ablehnung dieses Paragraphen, sowie der ganzen Vorlage. In der Kommission habe sich gezeigt, was sich mit entschlossener Sparsamkeit anrichten läßt und wenn die Regierung es über sich gewinnen, daselbst System zu acceptieren, so werde es auch künftig gelingen, ohne Etwas auszunehmen. — Abg. Freie (frei. Ver.) erklärt, auch seine Freunde lehnten die Vorlage turgent Dank ab. — Staatssekretär v. Posadowski: Obwohl die Parteien gewillt erscheinen, sich auf kurze Erklärungen zu beschränken, so muß ich doch noch mit einigen Bemerkungen auf die Vorlage eingehen. Der Vordruck, wir wollen Steuern auf Vorrath, ist unbegründet. Dieses Gesetz hätte auch nirgends schädigend eingewirkt und der Tabakgenuss für die unteren Klassen wäre sogar erheblich verbilligt worden. Wie sollen nun die verbündeten Regierungen eigentlich verfahren? Werden wir neue Steuern, so spricht man von der Wasserdampfer ohne jeden höheren reformatorischen Gedanken, und legen wir reformirte Steuergebühren vor, so werden uns dieselben ebenfalls verweigert. Was wird nun, wenn man uns Alles verweigert? Es wird nicht von uns abhängen, sondern wird Frage sein der finanziellen Entscheidung; wenn wir aber doch immer wieder auf indirekte Steuern werden zurückkommen müssen, dann wird der Tabak niemals aus der Diskussion verschwinden. Die blühende Tabakindustrie weiter beunruhigen zu wollen, liegt uns selbstverständlich gänzlich fern. Wenn es uns gelänge, wenigstens 10 Millionen zu erlangen, so wäre das für uns ein wenigstens hoher Gewinn. Ich möchte Sie bitten, nichts Lebendiges mit dem Toden zu begraben; und ein Lebendiges ist diese Finanzreform. Ich bitte Sie daher, uns noch in dieser Session die Mittel zu bewilligen und die Vorlage durchzubekommen. — Abg. Posadowski (nl.): Meine Freunde sind von vornherein für eine gesunde Finanzreform zu haben gewesen, auch dem Prinzip der Tabakfabriksteuer hat ein Theil meiner Freunde zugestimmt. Ein anderer Theil dagegen hat die Fabriksteuer nicht für geeignet gehalten. Ein Theil meiner Freunde hat in der Kommission andere Vorschläge gemacht, die aber von der Regierung abgelehnt wurden. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) bedauert lebhaft diesen Ausgang. Verbilligung könne der Tabakindustrie daraus nicht erwachsen; der Tabak werde immer auf der Tagesordnung bleiben. — Staatssekretär Graf Posadowski: Die von Vachemmann gemeinten Vorschläge, die Jollerbildung, konnten wir nicht annehmen; wir bedürfen aber auf jeden Falle einer Finanzreform, und dazu brauchen wir neuer Mittel. — Abg. Richter (frei. Ver.): Man will jetzt mit 10 Millionen auf den Tabak stürzen nehmen, um erst die Finanzreform zu sichern. Ist dieses geschehen, dann wird sich die Folge aller der Vorbehalte zeigen, die man jetzt macht, doch nämlich der Tabak doch noch viel mehr tragen kann und daß man nur einzuweisen auf die Forderung von mehr Ueberweisungen an die Einzelstaaten verzichtet. In demselben Augenblicke, wo Sie hier 10 Millionen aus dem Tabak fordern, wollen Sie der Zucker- und der Branntwein-Industrie neue Uebergaben geben und in Bezug auf die Paratien gar noch eine Uebergabe von 10 Millionen zu-

wenden. Der Sturm gegen diese falsche Wirtschaftspolitik wird sich hoffentlich ebenso stark erweisen wie der Sturm gegen die Umsturzvorlage. — Abg. Kammacher (Soz.), Reichstagsrat (Soz.) und Graf (Anti) sprechen gegen die Vorlage, worauf s. 4 gegen Reichspartei und Konservativen sowie gegen vereinigte National-Liberale abgelehnt wird. — Sämmtliche übrigen Paragrafen wurden debattelos abgelehnt, womit die Vorlage gefallt ist. — Morgen: Erste Berathung der Invalidenfond-Novelle, zweite Lesung der heute in erster Lesung behandelten Vorlagen, Wahlprüfungen und Petitionen. Heute Mittag ist der Kaiser nach Wladiwostok bei Wladiwostok abgereist. — Der Prinzregent von Braunschweig Prinz Albrecht von Preußen tritt die Reise nach Wien, am dem Sonntage, morgen Nachmittag an. In Dresden wird der König von Sachsen mit den sächsischen Prinzen den Regenten am Bahnhof in Albstadt begrüßt. Von dort erfolgt Abends die Weiterfahrt bis Eisenach, wo der Prinz den ihm entgegengekommenen sächsischen Separat-ang begleitet, in welchem die Ankunft in Wien am Mittwoch früh erfolgt. — Der Bundesrath trat heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher er sich mit den von dem bevorstehenden Schluß der Reichstagsession noch zu erledigenden Arbeiten beschäftigte haben dürfte. Vorher hatte das preussische Staatsministerium unter Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten Stoltenberg eine Sitzung. Der Schluß der Reichstagsession wird bereits für Sonnabend den 18. Mai erwartet. Es würde dann nur noch die Novelle zum Brauntweinsteuergesetz, das angelegte Juckersteuergesetz, und das von der freien wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Kammergesetz, dessen die Antragsteller der Reichstags ohne kommissarische Vorberathung sicher in sehr absehbarer Zeit erledigt kommen. — Dem Reichstoge hat heute der Entwurf eines Juckersteuergesetzes und ein zweites Nachtrag zum Reichsbauhaushaltsetz zugegangen. Der Nachtragsetz fordert an ordentlichen Ausgaben 1,703,550 Mark für die Verwaltung des Nord-Elbe-Kanals, 1,813,155 Mark für die Verwaltung des Reichsheeres und 13,000 Mark auf die Marine-Verwaltung. Von den einmaligen Ausgaben entfallen 120,000 Mark auf das Auswärtige Amt, 400,000 Mark auf das Reichsamt des Innern für die Vimes und deren Fortsch. und 478,567 Mark auf Verwaltung des Reichsheeres und 20,000 Mark auf die Marine-Verwaltung. Der Antheil des Auswärtigen Amtes an dem Nachtrags-Setz mit 120,000 Mark stellt sich wie folgt zusammen: Um der in Afrika in Folge der Deutschen-Plage ausgebrochenen Hungersnoth entgegenzutreten, bedarf die deutsche Regierung einer nachträglichen Erhöhung des Reichs-anzweises um 50,000 Mark, zur Vornahme einer Gremberichtigung zwischen Kamerun und dem Niger-Coast-Protektorat ist eine Erhöhung des Reichsanzweises von 20,000 Mark notwendig, der Reichsbeitrag von 50,000 Mark ist auszuweisen für die Vertheilung der Kolonialabtheilung an der Berliner Gewerbeausstellung 1896.

Berlin. Es ist, so bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einer Andeutung eines Berliner Blattes gegenüber, hinsichtlich der Erklärung des Kriegeministers bei der 2. Berathung der Umsturzvorlage im Reichstoge selbstverständlich, daß die Reichsleitung auf die Weiterberathung des Antrages der Lage, wie sie sich am Sonnabend gestaltet, am einem selbständigen Entschluß des Ministerpräsidenten und der Minister beruht. Auch wenn begründete Weise ein Minister in seinen Ausführungen nicht darauf geachtet ist, daß man voraussehen dürfte, daß er mit jedem Gedanken und jeder Wendung seiner Rede Aufmerksamkeit an die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten und aller seiner sonstigen Kollegen nimmt, ist andererseits doch klar, daß eine Stellungnahme, wie die des Kriegeministers am Sonnabend zu der Frage, ob unter den vorliegenden Umständen noch die Kommissionsbildung des s. 112 acceptirt werden könnte, ohne Zustimmung des Reichstages nicht denkbar wäre. — Finanzminister Dr. Mügel hat für morgen Abend in einer parlamentarischen Abendunterhaltung Einladungen an den Reichskanzler, sämtliche Minister und zahlreiche Abgeordnete der verschiedenen Parteien ergehen lassen. — Von neuen auftretenden Gerüchten, wonach Herr v. Bötticher nicht zurückgebehalten, sondern nach der „N. N.“ beurlaubt als in früheren Fällen zu sein. Herr v. Bötticher, der 15 Jahre Minister ist, soll den bestimmten Wunsch haben, nach der Eröffnung des Nord-Elbe-Kanals, dessen Bau er geleitet hat, sich den Amtsgeschäften und Aufträgen der ministeriellen Thätigkeit zu entziehen. — Das Gerücht, Minister v. Köller habe seine Entlassung nachgefordert, bestätigt sich nicht. Die „N. N.“ berichtet, der Minister v. Köller habe mit seinem angekündigten im Reichstoge verlegendem Auftreten in der letzten Session ein lautes Ziel gehabt, nämlich die verbündeten Regierungen in einen schweren Konflikt mit dem Reichstoge hineinzutreiben. Herr v. Köller habe, nachdem er sich schon von den Vorbereitungen der Umsturzkommission auffälliger Weise zurückgehalten, in orientirter Gegenwart zu der Politik des Reichstages sich geübt, der gerade das Gegenstück der Köller'schen Politik als sein verbindliches Ziel anerkannt habe. — Der amtliche „Reichsanzeiger“ meldet: In der Nacht zum letzten Sonntag ist ein Felsen an den Schwebenbänden der Garnison Mainz von mehreren mit Knäueln bewehrten Männern angegriffen worden. Der Felsen hat zwei seiner Angreifer durch Schüsse, einen dritten mit dem Zeitengewehr ver-

Wetlin. Der Wälder Landwirth und Hausbesitzer Kleidermacher wurde heute vom dem hiesigen Schwurgericht zu 3 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust in gleichem Tauer verurtheilt. Kleidermacher ist beschuldigt, die sämmtlichen drei Töchter eines in seinem Hause wohnenden Familien der Reihe nach, wie dieselben heranwuchsen, ihrer weiblichen Ehre beraubt zu haben.

Friedrichshub. Fürst Bismarck empfing 100 Damen aus Schlesien, welche ihm als Ehrennächte einen kostbaren Teppich, einen Schrein und eine Uhr überbrachten. Fürst Bismarck dankte und sagte seiner: Wenn einmal die Damen für eine Sache gewonnen sind, so meine ich, daß dieselbe abgesehen ist und es wird dann auch gelingen, die Männer zu gewinnen. Wenn erst die Wahlen mehr unter weiblichen Einfluß vollzogen würden, würden sie nationaler und besser angefallen. Fürst Bismarck schloß mit einem Hoch auf die deutschen Frauen.

Köln. Die „N. N.“ meldet aus Petersburg: Es verlaunt in unabhängigen Kreisen, daß, wie Anstand schon vordem erklärte, es werde keinerlei Heidenung Korea durch den Sieger zu geben, es hieran auch recht fest halte und die Wiederherstellung des früheren Zustandes dabeit verlange.

Weimar. Nach amtlicher Feststellung wurden bei der Reichstagswahl 18,996 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Landwirth Reichthum Bund der Landwirthe 1556, Landwirth-Verband (Soz.) 9440 Stimmen; Reichthum ist somit gewählt.

**Hôtel de France, Dresden, Wilsdrufferstrasse 15.**  
I. Obdiner, II. Grosspreiser, Bahnhöflich, Gewählte Spesenkarte.